

Antrag

der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Löttsch, Gökay Akbulut, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Jörg Cezanne, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Petra Pau, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Mietendeckel sofort einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In vielen Städten und Gemeinden sind die Wohnkosten insbesondere für Mieterinnen und Mieter dramatisch angestiegen. Vielfach ist bereits von einer neuen Wohnungsnot die Rede. Der rasante Mietanstieg setzt sich trotz sogenannter Mietpreisbremse unvermindert fort und treibt viele Menschen in existentielle Nöte.

Das gegenwärtige Mietrecht gestattet Mieterhöhungen ohne jede Gegenleistung. Vor allem die börsennotierten Wohnungskonzerne und andere Finanzinvestoren nutzen die Rechtslage hemmungslos und schöpfen jede sich bietende Mieterhöhungsmöglichkeit aus. Diese Rechtslage hat zur Folge, dass Mieterinnen und Mieter, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können, aus ihren Wohnungen, aus ihren Stadtteilen, aus ihrem sozialen Umfeld vertrieben werden. Die jüngsten Demonstrationen mit zehntausenden Teilnehmenden in vielen deutschen Städten und die hohe Zustimmung zum Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sind nur ein weiterer Hinweis auf den dringenden Handlungsbedarf.

Die Politik ist in der Verantwortung, auf diesen Protest zu reagieren und schnellstmöglich zu handeln. Ein Mietendeckel ist ein erster notwendiger Schritt, um den weiteren Verlust bezahlbaren Wohnraums zu verhindern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend einen Entwurf vorzulegen, um gesetzlich zu regeln, dass Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung maximal in Höhe des Inflationsausgleichs, höchstens jedoch um 2 Prozent im Jahr, zulässig sind.

Berlin, den 14. Mai 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion